

Luzerner Tagblatt

Dreisinniges Organ

Hauptanzeigebblatt für Stadt und Kanton Luzern

Table with subscription rates: Abonnementpreise: Durch die Post bezogen, für Luzern zum Ertragen, etc.

und die übrige Zentralschweiz

Insertionspreise: Die einseitige Zeile oder deren Raum: Lokal-Anzeige 10 Cts., Wiederholungen ...

Neunundvierzigster Jahrgang

Redaktions-Bureau: Schulstrasse Nr. 11. Druckerei: Schulstrasse Nr. 11. Expeditionen-Bureau: Schulstrasse u. Komrat.

Die heutige Nummer enthält 10 Seiten.

Inhalt des zweiten Heftes: Die vier Kantone des deutschen Reiches. - Landwirtschaftliches: Zwei Krankeiten des Moltes.

1. Eidgen. Budget für 1901.

Einleitend bemerkt die Budgetkommission folgendes:

Wir befinden uns mit Bezug auf die Bilanz des Budgets in einer ähnlichen Situation wie in früheren Jahren, wo es ebenfalls nicht möglich war, einen Voranschlag aufzustellen, dessen Einnahmen und Ausgaben sich balancierten.

Ein wesentlicher Unterschied gegenüber früher, der hervorzuheben werden muß, besteht jedoch darin, daß während dem wir seit einer Reihe von Jahren daran gewöhnt waren, daß dank hauptsächlich den Mehreinnahmen der Holzverwaltung das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen im Laufe des Rechnungsjahres wieder hergestellt wurde und die Ausgabenüberschüsse sich sogar in Einnahmenüberschüssen verwandelten, dies für die nächste Zeit und vielleicht für einen Zeitraum von mehreren Jahren nicht mehr der Fall sein wird.

Es muß in der Tat zugegeben werden, daß die glückliche Lage, in welcher wir uns früher befanden, wo die regelmäßige Zunahme der Einnahmen nicht nur die Deckung des budgetierten Defizits und der Nachtragsschulden ermöglichte, sondern auch erhebliche Einnahmenüberschüsse zur Folge hatte, sich verändert hat, und wenn auch nicht gerade eine heurückwärtige, so doch eine weniger glückliche geworden ist.

Die Soll-Einnahmen, welche im Jahre 1899 mit 61,000,000 Fr. ihren Höhepunkt erreicht haben, gehen zurück, und wir können nicht auf deren Mehrerwartungen rechnen, um das Budget ins Gleichgewicht zu bringen und die unvorhergesehenen Ausgaben zu decken.

Zu den wichtigsten Einzelposten des Budgets bemerkt der Bundesrat folgendes: Die Siegenenschaften weisen eine Mehreinnahme von 180,000 Fr. und die Betriebskapitalien eine solche von 68,000 Fr. auf.

Dem kürzlich gefassten Beschlusse der Emissionsbanken, zeitweilige Reduktionen ihrer Notenemissionen einzutreten zu lassen, wurde durch Verabschiedung des Beitrages der Banknotenkontraobligate von 225,000 Fr. auf 200,000 Fr. Rechnung getragen.

Verkehrsschwankungen berechtigt waren; immerhin sollte man, nachdem für einmal die erhoffte Steigerung nicht eingetreten ist, nicht in die entgegengeetzte Tendenz fallen und in der Schätzung dieser Einnahmen dann allzu tief gehen.

Die Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung werden am besten im Zusammenhang mit den Ausgaben dieser Verwaltungswirtschaft behandelt.

Die Postverwaltung erzielt bei 87,894,000 Fr. Einnahmen und 85,630,000 Fr. Ausgaben einen Einnahmen-Überschuß von 1,754,000 Fr. Die Einnahmen sind um 2,114,000 Franken, die Ausgaben um 1,702,000 Fr. höher als im Vorjahre.

Immerhin ist hier darauf hinzuweisen, daß die Verkehrszunahme im ersten Semester des laufenden Jahres eine geringere war, als im nämlichen Zeitraum des Vorjahres, und daß wir in diesem Jahre eine außerordentliche Vermehrung zu verzeichnen haben, resultierend aus dem seit dem 2. Juli herausgegebenen Jubiläum-Wertzeichen, was mit 1. Januar 1901 beginnt.

Weniger erfreulich ist das Budget der Telegraphenverwaltung. Dasselbe weist bei 9,712,000 Fr. Einnahmen und 10,825,000 Fr. Ausgaben einen Ausgaben-Überschuß von 1,113,000 Franken auf. Dieses Defizit rührt her von der 2,923,880 Fr. betragenden Amortisation von 15% des Baukontos. Diese man die Reduktion dieser Verwaltung sich einfach bilanzieren, d. h. beschreiben man sich darauf, daß die Differenz zwischen den übrigen Ausgaben der Telegraphenverwaltung und den Einnahmen derselben zur Amortisation des Baukontos zu verwenden, so würde diese letztere bloß 1,211,000 Fr. oder ca. 7.8% betragen.

Das Budget für 1901 wird auch von der letzten Jahr nach Maßgabe des allgemeinen Welfordungsgesetzes stattgefundenen Verbesserung berührt, indem die erhöhten Verbindungen erst auf 1. April 1900 in Kraft traten, währenddem sie für 1901 nicht bloß für neun, sondern für zwölf Monate anzuwenden sind.

Beim Oberbauinspektorat sind infolge des Abschlusses verschiedener Arbeiten einige Evidenzen weggefallen; dafür sind aber neu hinzugekommen: die Korrektion der Randter, der Simmi und des Freibach, die Verbauung und Korrektion des Graber Bachs, die Verlängerung des Neuf-Ranals bis zum See und die Korrektion der Kleinen Gams. Der Bundesrat steht sich des weitern infolge der Eingaben der Kantone geneigt, eine Erhöhung des zu seiner Verfügung stehenden Kredites für Schutzbauten an Wildwasser in den Hochgebirgen von 700,000 Fr. auf 1,000,000 Fr. zu verlangen.

Die Ausdehnung der Oberaufsicht des Bundes über das Forstwesen zieht eine Vermehrung des Kredites für Bundesbeiträge an Aufforstungen und allfällige damit verbundene Werke von 200,000 Fr. auf 400,000 Fr. nach sich, nachdem schon letztes Jahr der bisherige Antrag sich als vollständig unzulänglich erwiesen hatte und auch dieses Jahr ein erheblicher Nachschub verlangt werden muß.

Das Gesamtbudget der Direktion der eidgenössischen Bauten ist von 4,519,000 Fr. auf 5,323,000 Fr., also um nahezu 700,000 Fr. zurückgegangen. Für Neubauten sind dieses Jahr nur 2,336,000 Fr. eingesetzt, allerdings unter Weglassung eines Antrages für das Bundeshaus, Mittelbau, über das dem Räten eine besondere Vorlage unterbreitet werden soll.

Das Militärdepartement beantragte für 1900 28,848,000 Fr., das nächste Jahr glaubt es mit 28,120,000 Fr., also 225,000 Fr. weniger auskommen zu können; geht man die

Vermehrung der Einnahmen von rund 125,000 Franken ebenfalls in Betracht, so beträgt die Verbesserung gegenüber dem Vorjahre im ganzen 850,000 Fr.

Einem bei der letzten Budgetberatung von den Räten angenommenen Postulate Folge gebend, sind die sämtlichen die Befestigungen betreffenden Ausgaben zusammengefaßt worden. Dieselben betragen für den Gotthard 1,474,827 Fr., für St. Maurice 1,480,635 Fr., zusammen 2,955,462 Fr. Es wäre indessen unrichtig, diese Summe als eine durch die Befestigungen verursachte regelmäßige und alljährlich wiederkehrende Mehrausgabe zu betrachten, einerseits, weil die Aufstellung verschiedene Posten für einmalige Ausgaben, wie Bauten, Materialanschaffungen etc., enthält, und andererseits, weil ja die Festungstruppen andern Einheiten zugeteilt werden und dort ausgereicht, beliebt und bewaffnet werden müßten, sowie ihre Meistenschulen und Wiedereinstellungskurse zu absolvieren hätten, wenn die Befestigungen nicht beständen.

An Münzprägungen sind für das nächste Jahr vorgesehen: 400,000 Französischenfrankenstücke, 50,000 Zweifrankenstücke, 400,000 Einfrankenstücke, 200,000 Halbfrankenstücke, 1,000,000 Zwanzigrappenstücke, 1,000,000 Zehnrappenstücke, 3,000,000 Fünfrappenstücke. Der dahergige, dem Münzreferensfonds zu gut kommende Gewinn ist auf 583,630 Fr. veranschlagt. Die Prägung von Silbergeldmünzen bildet die letzte Warte der der Schweiz durch das Pariser Münzabkommen von 1897 zugesicherten Vermehrung ihres Kontingents in Silbergeldmünzen.

Einer nicht unerheblichen Ausgabenvermehrung begegnet man beim Handels-, Industrie- und Landwirtschaftsdepartement. Hier ist besonders hervorzuheben, daß in der Rubrik Sozialversicherung der Posten für besondere Arbeiten und Ausgaben, welcher letztes Jahr von 40,000 Fr. auf 90,000 Fr. herabgesetzt worden war, wieder auf die frühere Höhe gebracht werden soll, namentlich auch deswegen, weil - wie der Bundesrat voraussetzt - die Arbeiten für eine Kranken- und Unfallversicherung nicht stille stehen sollen, sondern in einer noch zu bestimmenden Richtung fortzuführen sind.

Schweiz.

Doppelinitiative. F. Die am Sonntag in Virellen stattgehabte kantonale Delegierten-Versammlung der liberalen Partei des Kantons Zürich zählte etwa 200 Mann aus allen Teilen des Kantons und nahm einstimmig folgende Resolution an:

1. Der Grundgedanke der proportionalen Wahlverfahrens hat bisher in der Praxis noch keine befriedigende Lösung gefunden; demor dies der Fall sein wird, ist es nicht räthlich, die Neuerung auch im Bunde einzuführen, um so weniger, als alle Parteien im Nationalrat vertreten sind. Unannehmbar ist die Initiative, weil sie für die Kantone ungleiches Wahlrecht schafft und ohne alle Not die bestehenden Nationalratswahlkreise im Nationalrat aufhebt und zu einem übergroßen Wahlkreis vereinigt, welcher eine gerechte Verteilung der jährlichen Vertretung im Nationalrat auf die verschiedenen Bundesstädte gefährdet.

2. Mit der bisherigen Wahlart für den Bundesrat hat die Schweiz gute Erfahrungen gemacht, und es ist kein Grund vorhanden, an ihrer Stelle die direkte Volkswahl einzuführen und damit den bestehenden Einfluß auf die Zusammenlegung der obersten Landesbehörde von den verantwortlichen Volksvertretern auf unverantwortliche Parteikomites zu übertragen.

F. In Zürich veranstalteten am Sonntag die Sozialisten unter freiem Diktum (auf dem Fraumünsterplatz) eine „Deerchau“; sie zogen mit Musik und Fahnen auf; allein es waren dem Zuge nur etwa 800 Mann gefolgt, und man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß ausständliche Genossen unter dieser Schwarz jährlich vertreten waren. Die Defekten Gurzi und Greali zogen in Sulzamtanten Neben über die Ungerechtigkeit der herrschenden freisinnigen Partei los; sie vernichten es aber im Abigen, die gegen die

Doppelinitiative geltend gemachten Gründe zu entkräften. Das „gläubige“ Publikum war ja auch so zufrieden. (Eine Meldung der Depesch-Agentur weiß von gutem Verlauf zu erzählen; die Schätzungen „schwanke“ zwischen 1000 und 8000 Teilnehmern.)

3. Weitere Versammlungen (anden am Sonntag statt in: Winterthur: Zweihundert Liberale sprachen sich für Verwerfung aus.

Derzogenbuchsee: Eine von 160 Mann besuchte obrerrheinische Versammlung sprach sich für die Doppelinitiative aus.

Courtelary und Delsberg: Rabikale Versammlungen (250 und 100 Mann stark) sprachen sich gegen die beiden Initiativbegehren aus. Massagno (Zellin): 800 Delegierte der verschiedenen Parteien des Kantons genehmigten nach Neben von Nat.-Mat Wotta, Advokat Bonziano, Ingenieur Prosa, Kantonsrichter Primavest und Reg.-Mat Casella eine Tagesordnung für Wana g m.

Ghilon: Eine gut besuchte rabikale Versammlung sprach sich nach Referaten von Jonjaloz, Gaudard, Ozer-Pomay und alt Bundesrat Ruffy für Verwerfung aus.

Volle und Yverdon: Rabikale Versammlungen beschlossen Verwerfung.

Zur Bundesratswahl durchs Volk. Die Freunde der Doppelinitiative zitteren alle möglichen Gemüthsänderungen für ihre Sache. Das ist auch und andere erlaubt. Wir zitieren heute den Professor Foret, der sich in der „Gazette de Lausanne“, die für den Proporz, aber gegen die direkte Bundesratswahl ist, mit großer Entschiedenheit gegen die Volkswahl des Bundesrates ausdrückt auf Grund der Erfahrungen, die er während neunzehn Jahren im Kanton Zürich mit der Volkswahl der Regierung gemacht habe.

Drachliß setzt er die Situation des einzelnen Wählers auseinander, der einfach darauf angewiesen sei, zwischen den Kandidaten zweier oder dreier Parteien denjenigen auszuwählen, der ihm am wenigsten mißfällt.

Einem wohlbekannten Beispiel erläutert er, wie durch die Rücksicht, welche die Parteien auf die Volkswahllichkeit ihrer Kandidaten zu nehmen gezwungen sind, das geistige Niveau einer Wahlbede herabgedrückt werden könnte, wie das Volk mit einer Beharrlichkeit, die man verwirren will, auch die Unfähigen wiederwähle. Alles das werde im großen Bunde noch viel schlimmer sein als im Kanton.

Man hat verloren, und man hat nichts gewonnen. Zum Mißbrauch der Wutsgewalt neigt der vom Volk Gewählte gerade so gut wie der Auserkorene des Großen Rates, ja sogar noch mehr, da er die Elbogen frei hat.

Infolge uns also bevor, unsere Demokratie durch demagogische Verordnungen zu discredituieren, die rasch gefahren sind, aber an denen wir vielleicht für viele Dezentien franken, von denen wir uns möglicherweise nie mehr erheben werden. Suchen wir bessere Hilfsmittel gegen das Uebel. Ich mache nicht gern in Politik, da ich mit Arbeiten, die mir nützlicher scheinen, ausreichend beschäftigt bin. Es gibt aber - um die konventionelle Phrase zu gebrauchen - im Leben der Wähler und der Individuen Umstände, unter denen es feige wäre, zu schwigen, während das Gemissen laut spricht. Ich glaube, mein Wählergenossen erleichtert zu sein.

a. Schweiz. Lehrerverein. Die Jahres- und Delegierten-Versammlung, die am Sonntag in St. Gallen stattfand, war von ca. 60 Delegierten und 40 Gästen besucht. Die von den SS. Walt in Thal, Reallehrer C. Schmid in Chur und Westrich in Luzern vorgelegten (im „Tagbl.“ bereits mitgeteilten) Beschlüssen betreffend Lehrerbildung und Unterrichtsfrage, ökonomische Stellung der Lehrer in der Schweiz und Anstellungsverhältnisse der schweizerischen Lehrer wurden mit unbedeutenden redaktionellen Veränderungen angenommen.

a. Die Generalversammlung des Schweiz. Musik- und Gesangslehrervereins, welche am Sonntag in Zürich stattfand, wählte neu in den Vorstand die SS. Steiger in Glaruz und Albert Wppler in Zürich.